

In Forschung investieren. Innovationskraft sichern.

*Empfehlungen der deutschen Industrie für ein zukünftiges
10. Forschungsrahmenprogramm (FP10)*

14. Mai 2024

Eine starke Wirtschaft braucht starke Innovationen

In Zeiten geopolitischer Unsicherheiten und Umbrüche ist es entscheidend, eine strategisch ausgerichtete und aufeinander abgestimmte Industrie- und Innovationspolitik aufzustellen, um Europa für die Zukunft als Innovations- und Wirtschaftsstandort stark zu machen. Ziel dabei muss es sein, Europas Technologieführerschaft in der Welt zu sichern, um einerseits unsere globale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und gleichzeitig die zentralen Herausforderungen wie Klimawandel, demographischer Wandel, Ressourcenknappheit und Urbanisierung gemeinsam anzugehen. Die Europäische Forschungs- und Innovationspolitik ist dabei ein entscheidender Hebel, der durch eine ganzheitliche Industriestrategie ergänzt werden muss. Zentrale Elemente sind dabei:

- **Forschungsausgaben gezielt erhöhen:** Es braucht ein klares Bekenntnis der EU und der EU-Mitgliedstaaten dazu, massiv in Forschung, insbesondere in Zukunfts- und Schlüsseltechnologien auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene zu investieren. Forschungsprogramme und Forschungsinitiativen müssen auf allen Ebenen besser verzahnt werden, um Synergien zu schaffen. Das Budget des zehnten Forschungsrahmenprogramms sollte auf 200 Milliarden Euro verdoppelt und effektiv eingesetzt werden.
- **Transfer stärken und Innovationskraft in Europa sichern:** Die Schnittstelle zwischen staatlich geförderter Forschung und marktfähiger Produktion und Skalierung muss durch flankierende industriepolitische Maßnahmen gestärkt werden, damit aus Forschung innovative Lösungen entstehen, die die Wertschöpfung hier in Europa sichern.
- **Industrieforschung in der gesamten Entwicklungskette stärken:** Innovationen müssen ganzheitlich gedacht werden. Insbesondere Schlüssel- und Zukunftstechnologien spielen dabei eine herausragende Rolle als Basis für wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformationsprozesse. Die öffentlichen und privaten Kooperationen in den Public Private Partnerships (PPP) müssen beibehalten und durch unbürokratische Ausgestaltung agiler aufgestellt werden.
- **Komplexität reduzieren und auf Agilität setzen:** Die Komplexität und der administrative Aufwand bei der Antragsstellung und Durchführung muss reduziert, Verfahren beschleunigt und effizienter ausgestaltet werden.

Inhaltsverzeichnis

Eine starke Wirtschaft braucht starke Innovationen	1
Forschungsausgaben gezielt erhöhen.....	3
Industrieforschung in der gesamten Entwicklungskette stärken	4
Exzellenz und Impact als entscheidende Auswahlkriterien	5
Komplexität reduzieren und Agilität schaffen	6
Impressum.....	10

Innovationskraft im globalen Wettbewerb sichern

Forschungsstärke und Innovationsfähigkeit waren bislang vor allem Faktoren für eine global wettbewerbsfähige europäische Industrie – als Basis von Wachstum und Wohlstand. Heute und in Zukunft bestimmen Forschungsstärke und Innovationskraft jedoch auch darüber, ob die Europäer ihre Werte im globalen Wettbewerb der Regionen verteidigen können und in Demokratie, Freiheit und Stabilität leben werden. Längst ist Innovationspolitik auch ein geopolitisches Instrument, welches zunehmend strategisch eingesetzt wird. Sowohl die USA als auch China geben hunderte Milliarden US-Dollar aus, um sich in bestimmten Kernbereichen einen Innovations- und Technologievorsprung zu verschaffen. China hat in den vergangenen 20 Jahren bei seinen Forschungsausgaben deutlich aufgeholt. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) in China haben im Jahr 2021 rund 620,1 Milliarden US-Dollar betragen. In den USA lagen die Ausgaben im selben Jahr bei etwa 709,7 Milliarden US-Dollar.¹ Damit gaben die USA im Jahr 2021 rund 3,5 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für F&E aus, China ca. 2,4 Prozent.² Die USA werden in den kommenden Jahren ihre Position durch geplante Investitionen in Höhe von 200 Milliarden US-Dollar in den US Science Act deutlich ausbauen. Die EU ist mit 2,1 Prozent abgeschlagen und hat ihr Drei-Prozent-Ziel aus der Lissabon-Strategie, welche bereits im Jahr 2000 verabschiedet wurde, erneut weit verfehlt. Europa hat sich demnach in mehr als 20 Jahren kaum von der Stelle bewegt und ist von einem Level Playing Field weit entfernt. Die Zahlen verdeutlichen dramatisch, dass Europa im weltweiten Vergleich stark zurückfällt. Dem müssen wir uns energisch entgegenstellen, wenn wir unseren Wohlstand, Stabilität und Freiheit hier halten und uns gegenüber einer zunehmend offensiven Standortpolitik von Ländern wie USA und China behaupten möchten. Insbesondere auch vor dem Hintergrund der Diskussionen um die europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit gilt es, in der Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik eine Balance zwischen Förderung und Schutz vor Risiken zu finden, sodass sich Forschungsprozesse und Innovation weiterhin frei von Grenzen und Organisationen entfalten können. Vor diesem Hintergrund ist auch eine kritische Evaluierung der Prinzipien der Open Science Strategie und Open Data Richtlinie geboten.

Forschungsausgaben gezielt erhöhen

Die kommenden Jahre sind entscheidend, um den Anschluss an die Länder, die mit Milliardensubventionen und attraktiven Standortbedingungen werben, nicht zu verlieren und eine Neuausrichtung der Kompetenzen und der Wahrung technologischer Souveränität in Europa zu gewährleisten. Der Blick in die USA (3,5 % ihres Bruttoinlandsprodukts für F&E), nach China (ca. 2,4 %), Israel (5,6 %), Südkorea (4,9 %) oder Japan (3,5 %) verdeutlichen dramatisch, dass Europa deutlich mehr in Forschung und Entwicklung investieren muss, wenn wir uns weiterhin als Innovations- und Industriestandort verstehen wollen. Die Investitionen in Forschung und Innovation müssen in Europa signifikant erhöht und auf drei Prozent des europäischen BIP angehoben werden. Es braucht daher ein klares Bekenntnis der EU und der EU-Mitgliedstaaten dazu, massiv in Forschung, insbesondere in Zukunfts- und Schlüsseltechnologien zu investieren, damit ein nachhaltiger, resilienter und wettbewerbsfähiger europäischer Forschungsraum erreicht werden kann. In der ersten Halbzeit des neunten Forschungsrahmenprogramms lag die Erfolgsrate deutscher Projekte bis Januar 2024 bei rund 20 Prozent.³ Das schreckt vor allem viele Unternehmen ab, Zeit und Geld in Horizont-Europa-Anträge zu investieren, um dann am Ende doch leer auszugehen. Vorhandene Ressourcen sind knapp und müssen zielgerichtet und effizient eingesetzt sowie Synergien und Komplementarität in der gesamten Förderlandschaft

¹ Vgl. Statista: [USA vs. China - Gesamtausgaben für F&E \(R&D\) im Vergleich | Statista](#)

² Statista: [Ausgaben für Forschung und Entwicklung in ausgewählten Ländern | Statista](#)

³ Studie zur deutschen Beteiligung am EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation im Auftrag des BMBF, Stand 2024

geschaffen werden. Neben konkreten Maßnahmen zur Steigerung der Effektivität der Mittelverwendung muss das Budget für das zehnte Forschungsrahmenprogramm insbesondere im Bereich der angewandten Industrieforschung ausgebaut werden. Das Budget des zehnten Forschungsrahmenprogramms sollte daher auf 200 Milliarden Euro verdoppelt werden, um dem Drei-Prozent-Ziel einen Schritt näher zu kommen. Unbedingt zu vermeiden ist die Nutzung von Mitteln des Forschungsprogramms für andere politische Prioritäten oder sonstige Haushaltsengpässe – diese Praxis hat in der Vergangenheit zu immensen Planungsunsicherheiten geführt. Auch wenn grundsätzlich die politische und strategische Prioritätensetzung wichtig und richtig ist, gefährdet die Verwendung von Forschungsgeldern für andere Zwecke bestehende, strategisch wichtige Forschungsaktivitäten. Neue Prioritäten brauchen auch neues Geld. Parallel zu einem solchen gut ausgestatteten und leistungsfähigen Forschungsrahmenprogramm der EU, benötigt es wirksame Anreize zur Erhöhung der FuE-Investitionen in den EU-Mitgliedstaaten.

Industrieforschung in der gesamten Entwicklungskette stärken

Unternehmen stemmen zwei Drittel aller Forschungsaufwendungen Europas. Die Unterstützung durch öffentliche FuE-Förderung erweist sich dabei als zentraler Hebel für das gesamte Forschungsökosystem und setzt Anreize für unternehmensübergreifende Kooperationen im vorwettbewerblichen Rahmen und für eine enge Verzahnung mit der Wissenschaft sowie dem Mittelstand. Daher muss das Thema Industrieforschung aus strategischen und industriepolitischen Gründen eine zentrale Rolle im Forschungsrahmenprogramm spielen. Denn die Katalysatorwirkung der FuE-Förderung stärkt die Wertschöpfungskette, ermöglicht eine frühe Standardisierung und beschleunigt Innovationen.

Forschungsprojekte in die industrielle Anwendung bringen – Wertschöpfung in Europa halten

Zentraler Fokus muss sein, die Forschungsprojekte in die Breite der industriellen Anwendungspraxis zu bringen. Die Schnittstelle zwischen staatlich geförderter Forschung und marktfähiger Produktion und Skalierung – also der „Transfer“ – muss verbessert werden. Durch flankierende industriepolitische Maßnahmen muss die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, die vielfach im Rahmen der Transformation vor immensen Herausforderungen steht, gesichert werden. Denn es geht am Ende darum, ein Forschungsergebnis auch zur Marktreife zu führen. Deshalb muss in Zukunft die gesamte Entwicklungskette miteinbezogen und verknüpft werden – von der ersten Idee beziehungsweise Entdeckung bis zur Marktreife des fertigen Produktes und zur Entwicklung von Standards. So sollten auch höhere TRL (Technology Readiness Levels, ab TRL 6) durch Synergien mit anderen europäischen und nationalen Programmen wie dem EU-Innovationsfonds gefördert werden. Ferner wären mehr Ausschreibungen im Bereich TRL 4 und 5 notwendig, um die Entwicklung zukünftiger Technologiebausteine zu sichern. Zudem sollte die inkrementelle Forschung nicht außer Acht gelassen werden. Der Fokus sollte nicht ausschließlich auf „neuen“ Wegen und bahnbrechenden Innovationen, sondern auf der Verbesserung (durch Innovation) für die Gesellschaft liegen. Am Ende muss es das Ziel sein, die Wertschöpfung hier in Europa zu (er)halten und zu verbessern. Innovationen müssen daher ganzheitlich gedacht werden. Insbesondere Schlüssel- und Zukunftstechnologien spielen dabei eine herausragende Rolle, denn sie sind die Basis für wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformationsprozesse. Hierfür braucht es frühzeitige Analysen und Screenings, um zukünftige technologische und industrie-relevante Entwicklungen zu identifizieren. Technologie- und themenoffene Fördermöglichkeiten, die sowohl inkrementelle als auch disruptive Innovationen ermöglichen, sind daher wichtig. Auch wären mehr themenübergreifende Calls begrüßenswert, die unterschiedliche Branchen gleichermaßen betreffen, wie beispielsweise Themen wie Cybersicherheit, Gesundheit, Nicht-CO₂-Emissionen, Lärm, Kreislaufwirtschaft, Rohstoffsicherheit, Künstliche Intelligenz oder kritische Materialien. Gleichzeitig braucht es in der Balance auch sehr fokussierte Calls, beispielsweise zum Thema Verkehr, bei denen

den besonderen Spezifika der einzelnen Verkehrsträger (Luft, Wasser, Schiene und Straße) Rechnung getragen wird.

Industrie als Partner sehen

In vielen Beratungsgremien, z. B. im Europäischen Innovationsrat oder in der „Commission Expert Group on the Interim Evaluation of Horizon Europe“, aber auch in den eher kleinteiligen Auswahl- und Evaluatorengremien, ist die Industrie im Vergleich zu Hochschulen, Forschungsinstituten und Start-ups unterrepräsentiert. Das betrifft sowohl große forschende Unternehmen als auch den forschungsintensiven Mittelstand. Das ist kritisch, denn es sind vor allem die forschenden und innovativen Unternehmen mit ihrem regulatorischen und anwendungsnahen Wissen, ihren Ressourcen und ihrer Infrastruktur, die gebraucht werden, um Innovationen auf den Markt zu bringen. Wenn es um die Umsetzung von Erfindungen in Produkte und die Wertschöpfung von Technologien geht, sind Industrieunternehmen ein unverzichtbarer Partner im Forschungsökosystem. Ihre Erfahrungen und Einschätzungen sind daher auch für Beratungsgremien entscheidend, um das Innovationsökosystem vollständig zu verstehen und abbilden zu können. Dies wird auch dazu beitragen, dass potenzielle Hürden auf dem weiteren Weg der Innovation frühzeitig erkannt und angegangen werden können. Die Teilhabe der industriellen Forschung an den Beratungsgremien sollte daher ermöglicht und erleichtert werden, beispielsweise durch Verringerung des administrativen Aufwands bei der Bewerbung, damit Aufwand und Nutzen für Unternehmen in einer vernünftigen Balance gehalten werden. Bei der Auswahl von Projekten und ihrer Evaluation muss künftig die gesamte Wertschöpfungs- und Entwicklungskette besser repräsentiert werden. Mechanismen, die die KMU-Beteiligung erleichtern, sollten fortbestehen und weiter ausgebaut werden. Die Wettbewerbsfähigkeit von Industrieversorgungsketten sollte auch stärker im Fokus stehen. Ferner sollte die EU-Kommission für mehr Transparenz bei Auswahlkriterien von Evaluatoren sorgen und sich verstärkt um Expertinnen und Experten aus der Industrie bemühen. Die Kooperation mit bereits assoziierten Drittstaaten sollte weitergeführt werden, um bestmögliche Ergebnisse zu erzielen und gleichzeitig auch auf die besten Infrastrukturen und Ressourcen zurückgreifen zu können.

Kombination von gesellschaftlichen und industriellen Herausforderungen in Säule 2 evaluieren

Derzeit ist in der zweiten Säule von Horizont Europa „industrielle Wettbewerbsfähigkeit“ mit den Aspekten zu gesellschaftlichen Herausforderungen kombiniert. Die deutsche Industrie unterstützt voll und ganz die Bemühungen der Europäischen Kommission, die großen gesellschaftlichen Herausforderungen anzugehen und die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen, um das Leben der Menschen in der Union und weltweit zu verbessern. Die Innovation grüner und digitaler Technologien ist ein wichtiger Motor für den Erfolg dieses Vorhabens. Die Bewältigung industrieller und gesellschaftlicher Herausforderungen sind zwei Seiten derselben Medaille und müssen daher gemeinsam betrachtet werden. Bei der Finanzierung von Forschungs- und Innovationstechnologieprojekten ist jedoch eine klare Abgrenzung erforderlich. Nach unseren Erfahrungen mit Horizont Europa hat die Kombination von Aufrufen im Rahmen der zweiten Säule zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen mit Aufrufen zur Förderung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit Europas nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt. Besser wäre es daher, eine eigene Säule nur für die industrielle Wettbewerbsfähigkeit einzuführen und gleichzeitig genug Calls und Mittel für beide Themenschwerpunkte bereitzustellen.

Exzellenz und Impact als entscheidende Auswahlkriterien

Um Effizienz zu gewährleisten, bestmögliche Forschungsergebnisse, Technologieführerschaft und die Bedeutung der EU-Rahmenprogramme aufrechtzuerhalten und gesellschaftliche Probleme bestmöglich mit Innovation angehen zu können, muss Exzellenz als das zentrale Kriterium bei der

Projektauswahl im neuen Forschungsrahmenprogramm erhalten sein. Gleichzeitig muss auch der Impact, also der Mehrwert für die Gesellschaft, für die Lösung der gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen als weiteres Kriterium beibehalten werden. Hierfür braucht es aber eine klare Definition des Impacts für ein Forschungsprojekt, um eine Überfrachtung der Programme und Projekte zu vermeiden. Im Bereich der industriellen Forschung sollte der Impact daher wieder stärker auf die Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität der EU-Unternehmen ausgerichtet werden. Auch sollte ein gesonderter Blick aller Stakeholder auf den konkreten Nutzen von Forschungsergebnissen gelegt werden. Die Förderung wird nicht immer an den Bedürfnissen der Innovatoren, Wirtschaft und Gesellschaft ausgerichtet. Ein offener und kooperativer Prozess mit allen Stakeholdern schon im Vorfeld könnte mehr Synergien schaffen, um dort zu fördern, wo es auch nötig und sinnvoll ist.

Komplexität reduzieren und Agilität schaffen

Die Komplexität und der administrative Aufwand bei der Antragsstellung und Durchführung muss reduziert und Verfahren beschleunigt und effizienter ausgestaltet werden. Alle Unternehmen, aber besonders kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Mid-Caps, werden im Zweifel durch hohe bürokratische Hürden von der Beteiligung abgeschreckt. Die Beteiligung von KMU ist sehr wichtig, da sie ein wesentlicher Teil der Wertschöpfungs- und Entwicklungskette sind. Deshalb muss bei allen Maßnahmen immer auch das gesamte Ökosystem im Blick behalten werden, um optimale Beteiligung und Abbildung der gesamten Wertschöpfungskette zu gewährleisten. Ein Vorschlag zur Verbesserung ist die Einführung eines zweistufigen Verfahrens zur Beschleunigung des Prozesses, wie sie auch von Unternehmen bei der Auswahl von Start-ups für ihre Inkubator-Programme häufig genutzt werden:

Während es in der ersten Runde nur um die Bewertung der Grundidee anhand einer kurzen Projektskizze geht (Feststellung der grundsätzlichen Förderungswürdigkeit), die auch von einem einzelnen Akteur eingereicht werden kann, umfasst die zweite Runde die formalen Bewertungskriterien und die kompletten Forschungskonsortien. Bei diesem Verfahren steht der Auftrag des Projekts im Vordergrund, gleichzeitig beginnen langwierige Verhandlungen zwischen den Forschungspartnern erst, wenn die grundsätzliche Förderfähigkeit bestätigt ist. Auch sollte eine größere Flexibilität bei den Formen der Zusammenarbeit geschaffen werden. Obwohl es im Allgemeinen sinnvoll ist, ein breites Spektrum verschiedener Forschungspartner an Bord zu haben, ist die Auswahl der Partner oft kostspielig und zeitaufwendig. Entsprechend sollte die Partnerzusammenstellung von der Idee und dem Auftrag bestimmt werden und nicht von der Notwendigkeit, Bewerbungskriterien zu erfüllen. Zudem müssen auch nicht alle Partner immer über die volle Laufzeit an Bord sein, was den Aufwand für alle Beteiligten erhöht und Barrieren schafft. Es sollte daher über eine Flexibilisierung der Teilnahme, auch für einen späteren Einstieg in Projekte, nachgedacht werden und erleichterte, temporäre Beteiligung an EU-Forschungsprojekten – etwa in Form von kleineren Unterprojekten – ermöglicht werden, um eine größere Anzahl an Akteuren niederschwellig an die EU-Forschung heranzuführen und den Ergebnistransfer zu verbessern.

Agilität als Innovationstreiber

Es sollte stärker auf Agilität gesetzt werden. Bestes Beispiel ist die Entwicklung des Corona-Impfstoffs, der zeigt, dass Krisensituationen oft die schnelle Umsetzung guter Ideen mobilisieren. Diese Agilität sollte im Innovationssystem auch über die Krise hinweg gestärkt werden. Dazu müssen die Abläufe im Innovationssystem und in der Forschungsförderung vereinfacht, Hürden abgebaut und Prozesse gestrafft werden. Die Commission Expert Group könnte dabei helfen, Schwachstellen zu identifizieren und Blockaden zu beseitigen. Grundsätzlich sollten die Prozesse insgesamt verkürzt werden,

insbesondere bei kollaborativer Forschung. Dabei könnte mehr Agilität und Flexibilität zu Calls helfen, beispielsweise durch die Möglichkeit der Anpassung, Umformulierung oder Reallokation innerhalb der Forschungsprojekte. Mehr Flexibilität auch hinsichtlich der Laufzeit wäre zu begrüßen. Zudem ist es notwendig, dass Projektziele klar und konkret formuliert werden. So können Unsicherheiten bei der Auslegung in Unternehmen vermieden und Bewerbungen für einzelne Projekte gezielter durchgeführt werden. Die Frage, wie das grundsätzliche Projektziel erreicht werden soll, muss jedoch absolut offen gestaltet sein.

Public Private Partnerships beibehalten und agiler aufstellen

Die 2021 ins Leben gerufenen europäischen Partnerschaften sind erfolgreiche Positivbeispiele öffentlicher und privater Kooperation. Ziel der Public Private Partnerships unter Horizont Europa ist es, globale Herausforderungen und Prioritäten anzugehen, die eine kritische Masse an Projektpartnern und Ressourcen sowie eine langfristige Vision erfordern. Dank dieser Zusammenarbeit werden Kapazitäten und Ressourcen geteilt und ideal von allen Projektteilnehmern und Teilnehmerinnen genutzt. Dadurch sind PPP essenzieller Bestandteil für die Entwicklung innovativer und komplexer Lösungen. Die Co-Programmed Partnerships, beispielsweise zu 2Zero, CCAM, Made in Europe oder zu AI, Data and Robotics, wie auch die Joint Undertakings zu Chips oder Clean Aviation haben sich als wichtige Plattformen für Prioritätensetzung und Innovationstransfer erwiesen. Sie sind positive Beispiele für die erfolgreiche öffentlich-private Zusammenarbeit und müssen unbedingt fortgeführt werden. Gerade diese PPP müssen aber zukünftig erheblich agiler und unbürokratischer gestaltet werden, um die Beteiligung der Industrieunternehmen und damit die Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Industrie sicherzustellen. Hierbei gilt es insbesondere, höheren administrativen Aufwand zu vermeiden und zukünftig auf die Berichterstattung zu In-Kind Additional (in-kind contribution to additional activities, IKAA-Reporting) zu verzichten. Das Engagement der Industrie und die Investitionsbereitschaft in Forschung, Entwicklung und Innovationen sind aus den Geschäftsberichten der Unternehmen klar ersichtlich. Anonymisierte und aggregierte Zahlen auf Partnership-Ebene stellen keinen Mehrwert dar, führen jedoch zu unnötiger Steigerung des administrativen Aufwands auf Seiten der Mitgliedsunternehmen wie auch der Public Private Partnerships. Aus diesem Grund sollte das IKAA-Reporting für PPP in FP10 nicht weiter fortgeführt werden. Insbesondere bei den sogenannten Tripartite sollten nationale und europäische Roadmaps über Partnerschaften besser verzahnt werden.

Abrechnungsmodalitäten an unternehmerische Praxis anpassen

Grundsätzlich sollten Abrechnungspraxen mit der betriebsüblichen, unternehmerischen Praxis übereinstimmen. Beispielsweise bei der Berechnung von Personalkostensätzen sollte zukünftig wieder auf die in Unternehmen übliche Praxis von Stundensätzen gewechselt werden. Was hier nach außen wie eine smarte Vereinfachung aussah, bedeutet für Unternehmen in der internen Abwicklung oft eine deutliche Erhöhung des Berechnungsaufwandes. Ferner ist auch die Auflage der monatlichen Bestätigung der Aufwände in Förderprojekten durch eine Führungskraft in der unternehmerischen Praxis völlig unüblich, da die Zeiterfassung voll elektronisch durchgeführt wird. Es wäre zudem hilfreich, nationale Anforderungen an die Berechnung von Personalkostensätzen in Förderprojekten mit denen der EU anzugleichen. Lump Sums (Pauschalbeträge) sind relativ neu in der Anwendung. Daher lassen sich die Auswirkungen der Methode in der Praxis noch nicht abschließend beurteilen und sollten weiterhin beobachtet werden. Erst nach einer abschließenden Evaluierung kann deren Anwendung ausgeweitet werden.

Rolle des Projektkoordinators vereinfachen

Gemäß den offiziellen Leitlinien der Europäischen Kommission muss in einem Projektvorschlag für Horizont Europa ein Begünstigter des Konsortiums als "Koordinator" benannt werden. Diese Rolle ist mit viel Verantwortung und zusätzlicher Arbeitsbelastung verbunden. Der Koordinator verteilt auch die von der Bewilligungsbehörde erhaltenen Zahlungen an die anderen Begünstigten und ist somit für die finanzielle Verwaltung der Fördermittel verantwortlich. Infolgedessen gibt die Bewilligungsbehörde die finanzielle, legislative und buchhalterische Verantwortung an den Konsortialführer weiter. Diese Aufgabe stellt eine starke Belastung dar, die viele potenzielle Konsortialführer (insbesondere KMU) davor zurückschrecken lässt, die Koordinator-Rolle zu übernehmen. Im zehnten Rahmenprogramm sollte die EU Kommission die Rolle des Koordinators so ausgestalten, dass der administrative Aufwand und das Maß der Verantwortung begrenzt und überschaubar bleibt. Die unter HEU übliche Praxis, dass der Konsortialführer eines Projekts sämtliche Fördermittel von der EU-Kommission erhält und diese an seine Partner weiterleitet, könnte in Deutschland im Konflikt mit dem Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz (ZAG) stehen, falls der Konsortialführer über keine Lizenz für Finanztransaktionen der BaFin verfügt. Die entsprechende Lizenz ist allerdings sehr kostspielig und würde eine Rolle als Konsortialführer für die meisten deutschen Unternehmen faktisch ausschließen. Gleichzeitig stellt diese Aufgabe auch einen erheblichen bürokratischen Aufwand dar und macht damit die Rolle des Konsortialführers unattraktiver. Im Sinne der rechtssicheren und attraktiven Konsortialführerschaft sollte daher die Ausschüttung der Fördermittel unter FP10 an die beteiligten Organisationen durch die EU-Kommission oder Projektträger erfolgen.

Transparenz der Einschätzungsgrundlage für Ermittlung der Solvenz von Projektträgern

Unternehmen, die als potenzielle Projektkoordinatoren oder auch Projektteilnehmer eine Beteiligung an EU-Förderprojekten im Rahmen von Horizon Europe anstreben, müssen eine Solvenzprüfung zum Nachweis der Geschäftstätigkeit während der Projektlaufzeit bestehen. Die Durchführung einer solchen Prüfung ist grundsätzlich richtig. Derzeit werden einige Unternehmen aber seitens der Europäischen Kommission wiederholt bei der Prüfung mit dem Rating „Poor“ eingestuft, selbst wenn seriöse, klassische Ratingagenturen diese Stakeholder positiv einstufen. Diese Einstufungspraxis führt zu großer Unsicherheit bei den Unternehmen und einem erhöhten administrativen Mehraufwand, um die Solvenz zu beweisen. Die betriebswirtschaftliche Basis dieser Ermittlung muss daher einsehbar und transparenter ausgestaltet werden. Denn es ist bisher nicht klar, nach welcher Bewertungsgrundlage die Bewertung erfolgt. Eine Klarstellung der grundsätzlichen Vorgehensweise und der für Solvenzprüfungen abgefragten beziehungsweise herangezogenen Daten würde für Unternehmen die Möglichkeit einer Bereitstellung jener Daten ermöglichen, die unter Berücksichtigung der Bewertungsansätze des herangezogenen Rechnungsstandards zu einer realistischen und angemessenen Einschätzung führen könnte. Die getrennte Solvenzprüfung von Mutterkonzernen und an Projekten teilnehmenden Tochtergesellschaften sollte beibehalten werden, um den administrativen Aufwand bestmöglich zu reduzieren.

Deep Tech Start-ups stärken

Deep Tech Start-ups liefern neue Impulse und Technologien für das Innovationsökosystem. Doch es gibt vielfach Hürden sowohl beim Transfer von Intellectual Property (IP) aus den Hochschulen, als auch in der Kooperation mit etablierten Unternehmen, durch überbordende Bürokratie sowie hinsichtlich der Finanzierung. Denn gerade Deep Tech Start-ups brauchen Investoren, die bereit sind, Risikokapital (v. a. Patient-Money) in sie zu investieren. Hier fehlt es in Europa und in Deutschland oft an

dem entsprechenden Mindset und so gehen viele Deep Tech Start-ups an das nicht-europäische Ausland verloren. Der European Innovation Council (EIC) ist zwar für genau solche Projekte zuständig, die Verfahren sind aber oft zu bürokratisch und langwierig, sodass viele Start-ups noch bevor sie überhaupt eine Förderung erhalten, bereits nicht mehr existieren. Hier muss dringend mehr Agilität, Effizienz und Schnelligkeit geschaffen werden. Ferner bräuchte es ein europäisches Netzwerk, ein Deep Tech Start-up Hub, welches eine Infrastruktur zum Testen und Validieren von Prototypen bereitstellt. European Deep Tech Hubs, mit der Möglichkeit zur Nutzung von Reallaboren, könnten unterschiedliche Formen annehmen – von digitalen Plattformen über einzelne Räume oder Gebäude bis hin zu ganzen Stadtteilen. Reallabore fördern die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren, wie Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Nutzern. Reallabore sind ein wesentlicher Ansatz, um Innovationen in einem offenen Prozess zu entwickeln und zu testen. Für Deep Tech Start-ups sind Reallabore eine Innovationsmethode, die auf Open Innovation, partizipativen Formaten und Ko-Kreation basiert. Sie ermöglichen es, Wechselwirkungen zwischen Innovation und Umwelt in einem klar definierten Umfeld zu untersuchen. Im Gegensatz zu Simulationen und Modellen bieten Reallabore eine realitätsnahe Umgebung. Hier können Produkte und Technologien unter echten Bedingungen getestet werden. Zudem sollten Anreize geschaffen werden, um verstärkt Industrieunternehmen an bestehende Start-up-Netzwerke und Cluster anzubinden und so Deep Tech Lösungen in den Markt zu überführen.

Forschungsinfrastrukturen

Ein funktionierendes europäische Forschungsinfrastrukturnetzwerk für Akademia und Industrie sollte gefördert werden, um eine bessere Koordination von Wissenschaftsinfrastruktur der Wissenschaft und Akademien, der Technologie-Infrastruktur der Forschungsorganisationen und der Industrieinfrastruktur (sog. test benches) herzustellen. Ziel sollte es sein, die Silos dieser drei separaten Infrastrukturen abzubauen, die gesamte Entwicklungskette und den Lifecycle im Auge zu behalten sowie die gemeinsame Risikominimierung im Technologiereifeprozess herzustellen.

Strategische Missionsorientierung

Grundsätzlich ist eine strategisch und interdisziplinär ausgerichtete Orientierung von bestimmten Missionen sinnvoll, um gesellschaftliche Herausforderungen durch Forschung und Innovation weiter voran zu bringen. Diese müssen so gestaltet sein, dass auch die Industrie hier einen Beitrag leisten kann und zu den Missionen auch Zugang erhält. Denn beispielsweise bei Missionen zu Smart Cities oder Climate Change Impact kann die Industrie einen wichtigen Mehrwert bieten, insbesondere wenn die Missionen konkreter ausgestaltet wären, zum Beispiel mit Blick auf Kreislaufwirtschaft. Insgesamt sollten die Missionen daher klarer sowie ziel- und marktorientierter gestaltet werden und zu erreichende Meilensteine enthalten. Es könnte auch hilfreich sein, den angestrebten Output mancher Missionen klarer darzustellen. Eine klarere strategische Ausrichtung und Definition der Missionen wäre daher sinnvoll, um mehrwertbringende Industriebeteiligungen zu incentivieren. Auch die Finanzierung für Missionen sollte anders ausgerichtet sein, um den Transformationscharakter zu unterstützen, z. B. durch die Einbeziehung von Strukturfonds. Ferner erachtet der BDI die Einführung einer Evaluierung der Missionen als wichtig, um Lehren aus dem Prozess zur stetigen Anpassung und Verbesserung des Forschungsprogramms zu ziehen. Dabei sollte auch der soziale und politische Impact industrieller Forschung mitgedacht werden.

Impressum

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
Breite Straße 29, 10178 Berlin
www.bdi.eu
T: +49 30 2028-0

Lobbyregisternummer: R000534

EU Transparency Register: 1771817758-48

Redaktion

Stefanie Ellen Stündel
Senior Manager Digitalisation and Innovation
T: +32 23792-1015
s.stuendel@bdi.eu

BDI Dokumentennummer: D1894